

Fünf statt neun Monate

Verkehr: Die Vollsperrung der Straße von Trebur nach Geinsheim dauert weniger lang

Die Vollsperrung der Landesstraße zwischen Geinsheim und Trebur im kommenden Jahr wegen Sanierungsarbeiten wird nicht neun, sondern nur noch fünf Monate dauern, nämlich von Mitte Januar bis Juni – wenn alles gut geht und das Wetter mitspielt. Das sagte Markus Schmitt, Leiter des Darmstädter Amtes für Straßen- und Verkehrswesen (ASV), am Donnerstagabend bei der Bürgerinformationsveranstaltung im Zelt am Treburer Skaterplatz. Die restlichen Arbeiten der rund neunmonatigen Baumaßnahme könnten bei halbseitiger Sperrung der Straße erledigt werden.

Das wäre nicht nur für die Treburer gut, die dann weniger Umwege fahren müssten und weniger Geschäftseinbußen hätten, sondern auch für die Wallerstädter, durch deren Ort die Umleitungstrecke führt. Um für die Wallerstädter die Mehrbelastung von knapp **10.000** Fahrzeugen am Tag erträglicher zu machen, soll für die Zeit der Vollsperrung Tempo 30 in der Ortsdurchfahrt des Groß-Gerauer Stadtteils gelten. Außerdem schaue das ASV gemeinsam mit der Groß-Gerauer Straßenmeisterei, was getan werden könne, um vorab die größten bestehenden Schäden und Löcher auf der Landesstraße durch Wallerstädten zu reparieren. Damit nicht noch schlimmere – möglicherweise auch an angrenzenden Häusern – entstehen.

Um Rückstaus am Knotenpunkt an der Aral-Tankstelle zu vermeiden und damit die Fahrzeuge möglichst rasch abfließen, plant das ASV dort eine geänderte Verkehrsführung während der Zeit der Umleitung. Zum Beispiel soll die Oppenheimer Straße zur Einbahnstraße Richtung Osten werden. Auf diese Art gibt es für die Autos, die aus Richtung Wallerstädten kommen und nach links Richtung Nauheim, Trebur und Rüsselsheim abbiegen wollen, keinen Gegenverkehr. Auch die Ampelschaltung könnte an die veränderte Lage angepasst werden.

Eines wurde bei der Versammlung sowohl von Treburer als auch von Groß-Gerauer Verwaltungsseite ausgeschlossen: dass Feldwege für den Verkehr freigegeben werden könnten. Das komme aus Haftungsgründen nicht in Frage.

„Schwierige Zeiten stehen bevor“

Bürgerversammlung: Das Projekt der Brückensanierung zwischen Trebur und Geinsheim ist am Donnerstag transparenter, aber nicht beliebter geworden



Nicht amüsiert scheint Bürgermeister Jürgen Arnold (links) angesichts der Ausführungen von ASV-Chef Markus Schmitt.

Die 500 Plätze im Großzelt reichten am Donnerstag Abend nicht aus, um allen Besuchern Platz zu bieten. Zu groß war das Interesse an der Informationsveranstaltung zur geplanten Straßensperrung.

Die Stimmung war angespannt, der Sitzungsverlauf teilweise turbulent. Markus Schmitt, Leiter des ASV, betonte die Notwendigkeit der Baumaßnahmen an den beiden Brücken zwischen Trebur und Geinsheim. Die Bauwerke seien nicht mehr ausreichend tragfähig, ein Neubau unabdingbar sei. Die Kosten würden sich auf rund 1,3 Millionen Euro für beide Brücken belaufen. Die Bauzeit beträgt rund neun Monate, allerdings konnte die Zeit der Vollsperrung auf rund fünf Monate verkürzt werden konnte.

Eine Vollsperrung von Januar bis Mitte Juli sei aber aus wirtschaftlichen, wasserrechtlichen und naturschützerischen Gründen notwendig. Eine Umfahrung würde für beide Brücken rund 2,2 Millionen Euro mehr kosten, was nicht finanzierbar gewesen wäre.

Für Wallerstädten, durch das die weiträumige Umleitung führt, hat das ASV einige Neuerungen ausgearbeitet: Die Lichtzeichenanlage an der Aral-Kreuzung und eventuell weitere Anlagen sollen umgestellt, Einbahnstraßenregelungen eingeführt, und eine Tempo-30-Zone in Wallerstädten eingeführt werden. Damit soll die Straßensubstanz geschützt und die Lärmbelastung minimiert werden, so Schmitt. Der Baubeginn wurde bereits auf den 10. Januar gesetzt. Die Baumaßnahmen sollen unter Ausnutzung des Tageslichts von Montag bis Samstag durchgeführt werden. Nachts wird nicht gearbeitet, da dies mehr kosten und die Qualität vermindern würde, erklärte Schmitt.



Skeptisch verfolgen Zuhörer die Ausführungen zu den Bauarbeiten zwischen Trebur und Geinsheim.
Fotos: Dennis Möbus

Nach der Präsentation meldete sich Armin Borngesser, Vorsitzender des Treburer Gewerbevereins (GVT) zu Wort und betonte, dass es in Trebur auch um Arbeitsplätze gehe und durch die Baumaßnahmen Existenzen bedroht seien. Zudem stellte er die Frage, was passiere, wenn historische Funde an der Schwarzbachbrücke gemacht werden, wofür die Wahrscheinlichkeit sehr hoch sei. Artur Michalek vom ASV erwiderte, dass dies kein Problem sei und die Erfahrung zeigte, dass dies keine Bauverzögerung verursache. Zudem entstehe keine große Baugrube.

Anschließend übergab Borngesser eine Resolution des Gewerbevereins sowie mehr als 3000 Unterschriften gegen die Sperrung, die der Verein gesammelt hatte. „Wir fordern eine sofortige Einstellung der geplanten Baumaßnahme und keine Vergabe des Auftrags“, so Borngesser. Sollten tatsächlich Existenzen gefährdet sein, könnten sich die Gewerbetreibenden gerne an den ASV wenden, so Schmitt. Dort sei ein Gutachter aktiv, der sich um dieses Thema kümmere und bei einer tatsächlichen Gefährdung auch Entschädigungszahlungen möglich mache.

Eckhardt Ziegler aus Astheim machte auf die Belastung der Umwelt durch die Sperrung aufmerksam, und ertete dafür tosenden Applaus. Bernd Engroff von der BI „Lebenswertes Wallerstädten“ machte mit viel Sarkasmus auf die Lage des Stadtteils aufmerksam und betonte, dass der Straßenzustand schon jetzt desolat sei. Er betonte, dass durch den vermehrten Schwerlastverkehr Wohngebäude beschädigt werden könnten und diese Schäden dann auch dokumentiert werden.

Bürgermeister Arnold betonte, dass die Feldwege als Umleitung nicht freigegeben werden können. „Wenn eine Kommune die Feldwege öffnet, geht sie voll in die Haftung“, so Arnold. Daher müssen verstärkt Kontrollen durchgeführt werden. Es wird aber die ein oder andere Ausnahme für die Vereine die zwischen beiden Brücken liegen geben müssen, so Arnold.



Foto: Dennis Möbus

Auch Groß-Geraus Bürgermeister Stefan Sauer betonte, dass wie in Trebur auch, die Durchfahrt über Feldwege verboten bleibt und es verstärkt Kontrollen geben wird. Dirk Höcker aus Astheim vermutete, dass die Baumaßnahme auch schneller zu realisieren wäre. Artur Michalek vom ASV entgegnete allerdings, dass die Bauzeit nicht verkürzbar sei. Beispielsweise sei nicht ausreichend Platz für mehr Baumaschinen und es sei bereits ein Zweischichtbetrieb eingeplant, so Michalek. „Wir haben für die Treburer das raus geholt, was rauszuholen war“, betonte er.

Victoria Scheler Eckstein (SPD) schlug vor, die Bauwerke mit Spannstahl zusammenzuhalten, um sie nicht jetzt sanieren zu müssen, sondern bis zum Bau der Umgehung warten zu können. Ein anderer Bürger bemängelte, dass keine Fertigbauteile für die Brücke verwendet würden. Dem entgegnete Schmitt, dass sehr wohl Stahlbetonfertigteile verbaut würden und dies sogar wesentlich schneller ginge als auf konventionelle Weise. Hartmut Britz schlug vor, die alten Brücken für den Durchgangsverkehr stehen zu lassen und

einfach die neuen Brücken daneben zu bauen. Dies sei ohne ein Baurechtsverfahren aber nicht möglich, erklärte Schmitt. „Ein solches Verfahren dauert drei bis fünf Jahre. So viel Zeit haben wir nicht“, betonte er. Eine Bürgerin, die in der mobilen Pflege aktiv ist, bemängelte, dass pro Schicht nun etwa 120 Minuten Fahrzeit mehr in Kauf genommen werden müssen, um die Pflegebedürftigen der Gemeinde zu versorgen.

GVT-Vorsitzender Armin Borngesser sieht die Situation mit gemischten Gefühlen. Einerseits sei es wohl nur dem Widerstand der Bürger zu verdanken, dass von neun Monaten Vollsperrung nun keine Rede mehr ist. „Doch auch fünf Monate sind immer noch zu viel für viele Gewerbetreibende“, sagte er.

Horst Staengle betonte nach zweieinhalb Stunden abschließend, dass „schwierige Zeiten bevorstehen“.